

## Pressepiegel 2021

Berichterstattung  
NOVOMATIC

Erstellt von **Group Marketing & Communications**

Datum **25.05.2021 / KW 20**

„Der Standard“, 25.05.2021

## Unrunde Geschäfte

Das vorige Jahr war für die teilstaatliche Casinos Austria AG (Casag) Corona-bedingt sehr mühsam. Die geschlossenen Casinos haben im Ergebnis der Gesellschaft, die zu mehr als 55 Prozent der tschechischen Sazka Group und zu rund 33 Prozent via Öbag dem österreichischen Staat gehört, ihren Tribut gefordert. Das Konzernergebnis stürzte von rund 112 Millionen auf rund 950.000 Euro ab. Das Ergebnis aus dem Österreich-Geschäft betrug minus 82 Millionen Euro, im Jahr davor hatte es bei plus zehn Millionen Euro gelegen.

Auch das Ergebnis der Casag-Tochter Casinos Austria International (CAI) brach um 26 Millionen Euro ein und landete bei minus 13 Millionen Euro. Dass für den gesamten Glücksspielkonzern am Ende das kleine Plus von 950.000 Euro rausgeschaut hat, war dem Lotteriegeschäft der Casag zu verdanken, das ja vor allem auch online funktioniert: Dessen Ergebnis stieg um fast neun Prozent auf 96 Mio. Euro an.

### Interne Untersuchung

Doch auch abseits der pandemiebedingten Probleme herrschte in der International-Tochter der Casag voriges Jahr ein wenig Unruhe. Denn: Es gab eine interne Untersuchung von Geschäften mit Gesellschaften, die die CAI beliefert haben und in die auch ein CAI-Manager quasi als Privatgeschäftsmann involviert war. Geprüft wurde laut Informationen des STANDARD, ob der CAI daraus ein Schaden entstanden ist und ob es dabei zu Compliance-Verstößen des Managers gekommen ist. Er soll seine Aktivitäten nicht gemeldet haben.

Bei der Casinos Austria International gab es eine interne Untersuchung rund um Geschäfte eines Managers. Angesichts der Verluste der Casag-Tochter und des Auslaufens der deutschen Lizenz 2024 droht eine neue Verkaufsdebatte.

Renate Graber



Die fürs internationale Geschäft zuständige Tochter der Casinos Austria AG, die CAI, hat jahrelang nur Verluste eingefahren. Im Vorjahr gab es neben neuerlichen Verlusten auch eine interne Prüfung.

Die Prüfer kamen dem Vernehmen nach zum Ergebnis, dass beides nicht der Fall war: kein Schaden, keine Bereicherung, kein Verstoß gegen interne Regeln. Wiewohl die Compliance-Vorschriften und Unvereinbarkeitsvorgaben in der Gesellschaft nun geschärft werden sollen, wie man hört. Und der betroffene Mitarbeiter hat seinen Hut ge-

nommen. Der Sprecher der Casag bestätigt die interne Untersuchung bei der CAI nicht, hält aber auf Anfrage fest, dass es dort zu keinem Schaden gekommen sei. Der Manager habe das Unternehmen auf eigenen Wunsch verlassen.

Inwieweit die Casag-Eigentümer die Lust an der Casinos-International-Tochter verlassen wird oder be-

reits verlassen hat, das steht auf einem anderen Blatt.

Immerhin haben sich die Verluste in den vergangenen zehn Jahren, also seit 2011, auf rund 120 Millionen Euro summiert. Und die Tschechen sind seit jeher vor allem am profitablen Lotteriegeschäft des Glücksspielkonzerns interessiert, das Kasino-Geschäft ist nicht so Ihres.

Schon 2017 war der Plan geschmiedet worden, die CAI zu verkaufen. Novomatic hätte, wie berichtet, gern gekauft – die staatliche Öbag (damals hieß sie noch Öbib) war aber gegen einen Verkauf, ein bitterer Eigentümerstreit entbrannte. Das Ende vom Lied: Mitte 2018 wurden die Pläne ad acta gelegt.

Möglicherweise wird das Lied vom Verkauf aber bald wieder angestimmt. Denn am bedeutendsten Markt der CAI, in Deutschland, dräut ein gewichtiges Problem heran. Dort hat sich die CAI Anfang der 2000er eingekauft, die Lizenz lief zehn Jahre und wurde 2014 auf Basis einer Option weiter verlängert. Am 31. August 2024 wird diese Lizenz nun endgültig auslaufen.

### Sorgenkind

Die Casinos Austria International waren jahrelang das Sorgenkind des Konzerns, steckten zwischen 2009 und 2015 tief in der Verlustzone und wurden von Mutter Casag mit viel Geld unterstützt: 145 Millionen Euro hatte ihr die laut Geschäftsbericht als „langfristiges Finanzierungsdarlehen“ überlassen. Zur Gruppe gehören 32 Casinos in Ländern wie Deutschland, Schweiz, Belgien, Dänemark oder Australien, ihr wichtigster Markt ist eben Deutschland, wo das Glücksspielgeschäft über die Spielbank Niedersachsen mit zehn Standorten gemacht wird.

Zu den insgesamt rund 111 Mio. Euro Spielerlösen bei der CAI hat Deutschland im Vorjahr 60 Mio. Euro beigesteuert. Und von den 13 Millionen Euro Gewinn der CAI im Jahr 2019 stammte der allergrößte Teil aus Deutschland. Ohne Lizenz wäre dieser Beitrag perdu.

„Der Standard“, 25.05.2021

# Ermittlungstag im U-Ausschuss

Der Ibiza-Untersuchungsausschuss geht in eine neue Woche. Der Dienstag startet mit Andreas Holzer, Chef des Bundeskriminalamts und lange Zeit Leiter der Soko Tape. Danach werden Vertreter der Justiz befragt.

Fabian Schmid

Es gibt genug Gesprächsstoff: Ermittlungen gegen den Bundeskanzler, eine Hausdurchsuchung beim Finanzminister sowie die Suspendierung von Sektionschef Christian Pilnacek im Justizministerium. Das alles passierte, seitdem das letzte Mal Mitarbeiter der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) im U-Ausschuss geladen waren – und all diese Causen berühren die WKStA.

Mit Hochspannung wird am Dienstag daher die Befragung von Oberstaatsanwalt Matthias Purkart erwartet. Er gilt als IT-Experte unter den Staatsanwälten und beschäftigt sich vor allem mit der Auswertung von Smartphone-Chats. Also mit genau jenem Material, das die Republik seit Monaten in Atem hält.

Vor allem die Opposition erwartet sich von Purkart Neuigkeiten bezüglich der Ermittlungen gegen Blümel, Kurz und deren Kabinettschefs – für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung. Konkrete Details wird Purkart aber nicht bekanntgeben können, vor allem wenn sie weitere Ermittlungsschritte gefährden. Bislang skizzierten Staatsanwälte aber zumindest abstrakt den Stand der Ermittlungen, wenn sie im U-Ausschuss dazu befragt wurden.

Allerdings wird sich Purkart vonseiten der ÖVP auch mit kritischen

Fragen konfrontiert sehen: Beispielsweise, warum so viele Chats von Staatsholding-Chef Thomas Schmid ihren Weg in den Akt oder in den U-Ausschuss fanden. Aus Sicht der Volkspartei ging die Verhältnismäßigkeit verloren, sie will das auch rechtlich klären lassen.

## Justizinterne Probleme

Auskünfte darüber könnte auch Sonja Riemer geben. Die erfahrene Staatsanwältin ist seit neun Jahren Stellvertreterin des Leiters der Oberstaatsanwaltschaft (OStA) Wien – also jener Behörde, bei der beide Seiten der Ibiza-Ermittlungen zusammenfließen: die Untersuchungen gegen Hintermänner des Videos bei der Staatsanwaltschaft (StA) Wien; die Korruptionsermittlungen bei der WKStA.

Außerdem ist die OStA für Aktenlieferungen an den U-Ausschuss zuständig – und selbst in ein schiefes Licht geraten, weil gegen ihren Leiter Johann Fuchs ermittelt wird, auch für ihn gilt die Unschuldsvermutung. Er wird verdächtigt, das Amtsgeheimnis verletzt zu haben, weil er womöglich Ermittlungsakten an Sektionschef Christian Pilnacek geschickt hat, obwohl dieser dafür keine Zuständigkeit mehr hatte. Pilnacek und Fuchs wurden auch der Falschaussage im U-Ausschuss



Am Dienstag wird Andreas Holzer, Direktor des Bundeskriminalamts, erneut im U-Ausschuss zu den Ermittlungen befragt werden.

verdächtigt, die Ermittlungen gegen den Leiter der OStA Wien wurden diesbezüglich vermutlich eingestellt. Das legt eine parlamentarische Anfragebeantwortung nahe.

Neben der Arbeit der Staatsanwaltschaften wird auch die Ermittlungstätigkeit der Polizei Thema sein. Erste Auskunftsperson ist Andreas Holzer, Direktor des Bundeskriminalamts (BK) und lange Zeit Leiter der Soko Tape, benannt nach dem Ibiza-Video. Die polizeiliche Sonderkommission wird von

der Opposition kritisch gesehen: Dabei geht es um die Frage, ob zu Lasten der Korruptionsermittlungen zu viele Ressourcen in die Suche nach den Urhebern des Ibiza-Videos gesteckt wurden. Außerdem stehen Personalien der Soko immer wieder im Fokus, etwa weil anfangs auf einen Polizisten vertraut wurde, der Exvizekanzler Heinz-Christian Strache aufmunternde Nachrichten geschickt hatte.

➡ Liveticker am Dienstag ab 10 Uhr auf [derStandard.at/Wirtschaft](https://derstandard.at/Wirtschaft)

## WISSEN

### Die wichtigsten Verfahren zu Ibiza

Das Ibiza-Video hat zumindest indirekt viele Ermittlungen ausgelöst. Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung.

- **Casinos** Gab es einen Deal zwischen Novomatic und Politik, den Casinos-Vorstand umzubauen? Das wird bestritten, ermittelt wird gegen viele Manager und einstige ÖVP- und FPÖ-Politiker wie Heinz-Christian Strache.
- **Prikraf** Diente ein Teil der türkisch-blauen Gesundheitsreform dazu, spendenden Privatklinikbetreibern zu helfen? Gegen Strache wurde Strafantrag eingebracht, gegen Exfinanzminister Hartwig Löger (ÖVP) wird ermittelt.
- **Causa Blümel** Gab der jetzige Finanzminister Gernot Blümel im Jahr 2017 ein Spendenangebot der Novomatic samt Bitte um eine Intervention an den damaligen Außenminister Sebastian Kurz weiter? Ermittelt wird gegen Blümel.
- **Falschaussagen** Die WKStA verdächtigt Kurz der Falschaussage im U-Ausschuss, ebenso seinen Kabinettschef. Auch in der Schredderaffäre wird wieder ermittelt.

„Österreich“, 25.05.2021



»404 – Don't Ask Why« am Naschmarkt

## Hos Gastroprojekt startet mit Wodka & Pizza im Juni

**Gastronom Martin Ho hat das ehemalige Novomatic Forum gepachtet und umgebaut.**

**Innere Stadt.** Die vietnamesische und die Austroflagge sind schon gehisst, die Leuchtreklame des 404 – Don't Ask Why und des Artspace „Kleines Haus der Kunst“ sind schon außen montiert. Nächste Woche ist es so weit: Der neue Gastro-Hotspot eröffnet zwischen dem 3. und 6. Juni.

**Lokalausgang.** ÖSTERREICH hat sich auf der Baustelle umgeschaut: Das Baugerüst ist entfernt, und von außen zeigt sich der Art-déco-Bau in revitalisiertem Glanz. Die Fassade des denkmalge-

schützten Juwels am Naschmarkt erstrahlt in hellem Weiß. Ein Blick hinein zeigte: Die Umbauarbeiten des Interieurs für das Gastroprojekt 404 – Don't Ask Why sind noch nicht finalisiert.

**Nachgefragt.** Ho betont: „Die Gastro-Eröffnung ist in all unseren Dots-Lokalen hervorragend gelaufen.“ Er ergänzt: „Wir sind im Endspurt und erfreut, unsere Gäste mit einem super Gastro-Projekt zu überraschen.“

**Details.** Unter einem Dach werden Museums- und Galeriebetriebe rocken: Im „Kleinen Haus der Kunst“ (KHK) – so der Name der Immobilie von LNR Development – wird es ab Ende Juni



Der neue Bodu-Wodka.



LED-Wand des Kleinen Haus der Kunst (KHK) an Fassade.



Leuchtreklame des 404 ist montiert, Bagger pausiert.

Kunst geben. Das Lokal 404 – Don't Ask Why mit 450 m<sup>2</sup> Fläche und 210 Sitzplätzen, 140 auf der Terrasse, vereint mediterrane Kulinarik mit österreichischen Spezialitäten. Hier werden traditionelle neapolitanische Pizza auf Schmanerln wie Schnitzel aus Hos Lokal Newman treffen. Gäste wählen den Belag aus Bio-Qualität aus und Pizzaiolo Carmine Cilento bereitet diese im authentisch neapolitanischen Ofen zu.

**Wodka.** In der Cocktailbar, auf der Terrasse, wird es nicht nur „Chin Chin“-Gin, den importierten „Classe Azul“-Tequila aus Mexiko, sondern erstmals auch Hos „Bodu“-Wodka, dessen Trauben aus dem Südburgenland stammen, geben.

„www.leadersnet.at“, 24.05.2021

## **Das sind die reichsten Österreicher 2021**

**Die aktuelle "Forbes World's Billionaires List" bricht trotz Pandemie alle Rekorde.**

Börsengänge, Kryptohype und explodierende Aktienkurse ließen die Reichsten der Reichen rund um den Globus noch wohlhabender werden. Die aktuelle *Forbes* Liste umfasst um 660 mehr Milliardäre als im Jahr davor. Unter den 2.755 Milliardären, die von Jeff Bezos ( 177 Mrd. Dollar), Elon Musk (151 Mrd. Dollar) und Bernard Arnault (150 Mrd. Dollar) angeführt werden, gibt es auch einige Österreicher.

### **Anstieg um 52,1 Prozent**

In Österreich konnten die insgesamt zwölf Milliardäre ihr Vermögen laut *Forbes* auf 62,7 Milliarden Dollar erhöhen. Red-Bull-Gründer Dietrich Mateschitz (26,9 Mrd.) führt die Liste an. Danach folgen Johann Graf (Novomatic; 7,1 Mrd.), Georg Stumpf (Stumpf Group; 6,5 Mrd.), René Benko (Signa Holding; 5,6 Mrd.), Michael Tojner (Montana Tech Components AG; 3,6 Mrd.), Heidi Horten (Horten AG; 3,2 Mrd.), Helmut Sohmen (BW Group; 2,6 Mrd.), Reinold Geiger (L'Occitane; 1,8 Mrd.), Wolfgang Leitner (Andritz AG; 1,8 Mrd.) und Stefan Pierer (Pierer Mobility; 1,3 Mrd.) (jw)

„Österreich“, 22.05.2021



## ÖSTERREICH traf Gastro-Star beim Baustellenbesuch

Das Novomatic Forum wird schon bald in renovierter Formerstrahlen.

**Innere Stadt.** Anfang Mai war es fix: Unternehmer und Gastronom Martin Ho übernahm das ehemalige Novomatic Forum – ÖSTERREICH berichtete. Als Pächter gestaltet er die Location neu. Unter dem Namen Kleines Haus der Kunst (KHK) soll das Gebäude beim Naschmarkt vis-à-vis der Secession als frischer Kultur- und Gastro-Hotspot durchstarten.

**Finalisierung.** Die Bauarbeiten laufen auf jeden Fall auf Hochtouren. Nachdem die Fassade bereits einen neuen Anstrich erhalten hat, wird eifrig an dem Gastro-Teil gearbeitet. Das Ganztageslokal „404 – Don't Ask Why“ soll nämlich noch im Mai eröffnen. Vor allem die Terrassenfläche soll nach der Fertigstellung zum Verweilen einladen. Gestern hat sich der Chef auch höchstpersönlich ein Bild vom Umbau gemacht. Ho bestätig-



te: „Wir sind im Endspurt.“

**Pläne.** Am Montag werden weitere Details zum Fahrplan bekannt gegeben. Die Pläne für die kulturelle Nutzung sollen dann Anfang Juni finalisiert sein.

➤ Kritik an breiterer Automaten-Aufstellung ➤ Rechtzeitige Gastro-Öffnung

# Rückzieher beim Glücksspiel

Die Aufstellung legaler Glücksspielautomaten bleibt in Oberösterreich nun doch auf die Gastronomiebetriebe beschränkt. Gegen die Ausweitung auf Einkaufszentren, Kinos, Geschäfte etc. hatte es massive Kritik von Polizei, Finanz, SPÖ und Grünen gegeben. Landesrat Wolfgang Klinger (FPÖ) zog nun das Ansinnen zurück.

Offiziell wird die Rücknahme der geplanten Gesetzesänderung damit begründet, dass nun eh die Wiedereröffnung der Gastronomie stattgefunden habe und die dort aufgestellten Automaten wieder zugänglich seien. „Wir werden die Entwicklung aber weiter genau beobachten“, betont Landesrat Klinger, dass es vor allem darum gehe, das illegale Glücksspiel nachhaltig zu-

rückzudrängen – eben auch mithilfe legaler Angebote.

Grüne und SPÖ beharren darauf, sie hätten im Verein mit Polizei, Finanz und anderen Mahnern und Warnern (die „Krone“ hat berichtet) verhindert, dass „das Zocken erleichtert wird“. „Das ist eine gute Nachricht im Sinne des Spielerschutzes“, sagt Grün-  
Politiker Gottfried Hirz, der noch wenige Tage Klubob-

mann seiner Fraktion im oberösterreichischen Landtag ist. „Expertenkritik und unser klarer Widerstand brachten Landesrat Klinger zum Einlenken“, freut sich SPÖ-Klubvorsitzender Michael Lindner.

Zugleich kommen, wie geplant, Verschärfungen des Wettgesetzes für mehr Spielerschutz und Zugangsbarrieren. Hier sind sich alle Fraktionen einig. pö

„www.ooe.orf.at“, 21.05.2021

## **Rückzieher bei Novelle für Glücksspielgesetz**

Von der Novelle zum Glücksspielgesetz, wonach auch in Supermärkten oder Kinos Glücksspielautomaten aufgestellt werden dürften, hat der zuständige Landesrat Wolfgang Klinger (FPÖ) wieder Abstand genommen.

Auch in Einkaufszentren, Kinos, Tankstellen oder Trafiken wäre durch die geplante Novelle in Oberösterreich die Aufstellung von Glücksspielautomaten möglich gewesen. Der für das Glücksspiel zuständige Landesrat Wolfgang Klinger (FPÖ) begründet das so: durch die monatelangen CoV-Lockdowns in der Gastronomie sei zu befürchten gewesen, dass sich das illegale Glücksspiel ausgebreitet hätte, der positive Trend der letzten Jahre ins Stocken geraten wäre. Experten hätten daher empfohlen, den Zugang zu legalen und kontrollierten Automaten weiter möglich zu machen.

### **Klinger: Keine Änderung bestehender Regelungen**

Die aktuellen Öffnungsschritte in der Pandemie hätten ihn aber davon überzeugt, dass keine Änderungen der bestehenden Regelungen notwendig seien, so Klinger, der Verschärfungen im Wettgesetz allerdings als notwendig erachtet. SPÖ, ÖVP und Grüne begrüßen die Entscheidung Klingers in seltener Übereinstimmung und führen das auf jeweils ihren Widerstand zurück. Landesrat Klinger habe sich erfreulicherweise einsichtig gezeigt und sei auf die Warnungen der Experten eingegangen, so SPÖ- Klubvorsitzender Michael Lindner.

### **Hirz: Kritik wurde aufgegriffen**

Die Kritik der Grünen sei aufgegriffen worden, so Landtagsabgeordneter Gottfried Hirz von den Grünen, das sei eine gute Nachricht im Sinne des Spielerschutzes. Denn eine höhere Präsenz von Automaten im öffentlichen Raum würde zum Glücksspiel geradezu verleiten.

### **Dörfel: Vernünftige und gemeinsame Lösung**

Und der Klubobmann der ÖVP in Oberösterreich, Christian Dörfel, ist laut eigenen Aussagen froh, dass man im Glücksspiel-Unterausschuss am Mittwoch zu einer vernünftigen und gemeinsamen Lösung gekommen sei. Der Weg eines sehr eingeschränkten Glücksspiels im gesetzlichen Rahmen sei richtig und besser, als ein völliges Verbot. Der Bund müsse allerdings eine österreichweit einheitliche Lösung vorgeben.

## U-Ausschuss-Fortsetzung auf Italienisch

Während der heimische Ibiza-Untersuchungsausschuss im Herbst vermutlich seine Arbeit beendet, starten in Italien gerade Bemühungen für einen ähnlichen U-Ausschuss – der direkt die Ermittlungen gegen den österreichischen Finanzminister Gernot Blümel behandeln könnte. Der aus der Partei Italia Viva von Ex-Premier Matteo Renzi stammende Senator Mauro Maria Marino brachte am 13. Mai den Antrag für eine „Commissione parlamentare di inchiesta“ ein, die sich mit öffentlichem und illegalem Glücksspiel beschäftigen soll.

Dem Vernehmen nach überlegt die rechte Lega, die mit der FPÖ kooperiert, den Antrag zu unterstützen – und dabei auch die Steuerprobleme Novomatics in Italien zu thematisieren. Dazu gibt es schon Kontakte zwischen FPÖ und Lega.

Die Novomatic war wegen ihrer Italien-Tochter im Jahr 2017 in helle Aufregung geraten. Damals rechneten ihre Steuerberater damit, dass der Glücksspielkonzern bis zu sieben Millionen Euro an Steuern nachzahlen werden muss. Deshalb setzte der Konzern alle Hebel in Bewegung, auch in Österreich: Im Juli 2017 schrieb der damalige Konzernmanager Harald Neumann an Gernot Blümel, damals lediglich ÖVP-Wien-Chef, er brauche einen Termin bei Außenminister Sebastian Kurz wegen „erstens Spende zweitens eines Problems das wir in Italien haben“.

### Vieraugengespräch

Ermittler der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) fanden diese Nachricht, als sie Neumanns Handy in der Causa Casinos auswerteten; es folgte im Februar 2021 eine Hausdurchsuchung bei Blümel – die erste, die je bei einem amtierenden Finanzminister in Österreich stattfand. Die Ermittler sehen in der Kombination aus „Spende“ und „Problem“ den Verdacht auf Bestechlichkeit und denken, dass Blümel die Bitte der Novomatic damals an Außenminister Kurz weitergetragen hat – es gilt die Unschuldsumutung, die Beteiligten bestreiten das auch.

Was nach der SMS passierte, ist derzeit Gegenstand von Ermittlungen. Jedenfalls wurde der damalige Generalsekretär des Finanzministeriums Thomas Schmid involviert; heute ist er Chef der Staatsholding Öbag und auch Beschuldigter.

In den Fokus des heimischen U-Ausschusses geriet nun ein Treffen zwischen Kurz und seinem damaligen italienischen Kollegen Angelino Alfano. Die beiden Außenminister sahen sich am 20. Juli 2017, wenige Tage nach Neumanns SMS an Blümel, für einen „sehr kurzfristig anberaumten Termin unter vier Augen (sic)“, erklärte Außenminister Alexander Schallenberg (ÖVP) dem U-Ausschuss. Dort sollten „ausführlich und in aller Offen-

Hat der damalige Außenminister Sebastian Kurz der Novomatic bei ihrem „Problem in Italien“ geholfen? Das könnte demnächst auch ein U-Ausschuss des italienischen Parlaments prüfen.

Fabian Schmid, Gianluca Wallisch



Die Opposition vermutet, dass Sebastian Kurz (rechts) als Außenminister auch Novomatics Steuerprobleme mit seinem Kollegen Angelino Alfano besprochen hat.

heit Migrationsfragen“ besprochen werden. Es lägen aber „keine Akten, Unterlagen oder Bildmaterial“ über das Treffen auf. Die Fachabteilung habe „weder eine Gesprächsunterlage erstellt, noch, wie bei Delegationsgesprächen üblich, ein Protokoll bzw. Aktenvermerk angefertigt“, was wohl an der Spontaneität des Treffens gelegen habe, so Schallenberg.

Ein italienischer U-Ausschuss wäre ein Hebel, um Auskünfte aus dem Außenministerium in Rom einzuholen. „Was war Thema des Gesprächs? Worüber haben Sie dort gesprochen? Was haben Sie mit den Italienern ausgetüftelt?“, fragte der freiheitliche Fraktionsführer im U-Ausschuss, Christian Hafenecker, den Kanzler am Mittwoch in einer Debatte im Nationalrat.

### Kurz: Keine Hilfe

„Es ist in allen betroffenen Ministerien genau recherchiert worden, und es hat sich herausgestellt, dass es keine Hinweise auf eine Hilfeleistung für die Novomatic in Italien gibt“, antwortete Kurz und ergänzte, dass es nicht schlimm wäre, wenn es so gewesen wäre. ÖVP-Abgeordneter Klaus Furlinger meinte, Kurz wäre ein schlechter Außenminister gewesen, hätte er sich nicht für heimische Konzerne engagiert. Die Novomatic brachte 2017 jedenfalls ihre Argumente vor den italienischen Finanzbehörden vor und musste schließlich nur zwanzig statt der befürchteten sieben Millionen Euro nachzahlen.

Akten aus dem Verfahren gegen Blümel erhalten die österreichischen Abgeordneten vermutlich nur mehr bis 15. Juli. Danach endet die Beweisaufnahme des aktuellen Ibiza-Ausschusses. Die Opposition hatte gehofft, das Untersuchungsgremium einmal mehr verlängern zu können, die Grünen erteilten dem jedoch eine Absage.

Am Donnerstag appellierten deshalb Jan Krainer (SPÖ) und Stephanie Krisper (Neos) an die Ökopartei, nicht aus Koalitionsrason auf Aufklärung zu verzichten. Die Begründung der grünen Klubobfrau, die Opposition könne ja jederzeit einen neuen U-Ausschuss einsetzen, sei ein „Schildbürgerstreich“, kommentierte Krainer. Er verwies darauf, dass der aktuelle U-Ausschuss seine Arbeit bis Oktober beende, ein neuer jedoch erst im Jahr 2022 durchstarten könne. Dieser müsste alle Akten neu anfordern, Rechtsstreitigkeiten vor dem Verfassungsgerichtshof inklusive.

Die ÖVP habe jedenfalls auf Zeit gespielt, um Aktenlieferungen zu verzögern und den Ausschuss zu lähmen, kritisierte Krisper. Sie beobachte bei der Konkurrenz eine „Abkehr von grünen Werten“, nahm die U-Ausschuss-Mitglieder Nina Tomaselli und David Stögmüller jedoch von dieser Kritik aus. Die beiden seien jedenfalls Fixstarter für den nächsten Ausschuss, betonte Klubobfrau Maurer.

„Profil“, 21.05.2021

## Dead Ends

Investigative Recherche. Das ist stets auch eine Schnitzeljagd. Und es ist nicht immer einfach, die Orientierung zu bewahren

**D**er Fall „Ibiza“ – das war zunächst einmal ein Wirrwarr aus Informationen. Hinweise von allen Seiten, teils anonym, alles sehr geheim, sehr vertraulich, immer „brisant“. Aber beweisbar? Die Videosequenzen waren kaum öffentlich geworden, da waren wir bereits auf der Spur der „Russen“. Eine an sich seriöse Quelle hatte behauptet, dass Moskauer „Geheimdienstkreise“ Strache in die Falle gelockt hätten. Die Quelle bezog sich auf einen Informanten, der jemand kennt, der jemand kennt, der ... nun ja: Wir haben das natürlich nicht gedruckt.

Sie werden auch keinen profil-Artikel finden, der die „Britten“ als Urheber der Konspiration geoutet hätte. Auch damit waren wir vorübergehend beschäftigt. Eine weitere Quelle war der festen Überzeugung, der britische Auslandsgeheimdienst SIS (alternativ der MI6) habe Johann Gudenus „in der Hand“. In Zusammenhang mit irgendeiner „argen Sache am Balkan“.

Schau an, was für ein Zufall, dachten wir, als wir im Februar dieses Jahres die Sponsoring-Liste von Novomatic durchgeackert hatten. Da fand sich für das Jahr 2018 doch glatt eine Zahlung an einen „Dr. Suppan“: 1000 Euro für einen „Vortrag“ im noblen Novomatic-Forum in der Nähe des Wiener Karlsplatzes. Werner Suppan – so heißt ausgerechnet der Verfassungsrichter und ÖVP-Anwalt, der nicht zuletzt Finanzminister Gernot Blümel in Zusammenhang mit den Vorwürfen rund um Novomatic vertritt. Suppan und Novomatic? Eine Verbindung zwischen der Kanzlerpartei und dem Glücksspielkonzern? Es gibt da die alte Journalistenredensart (Achtung, unernst): „Recherche haut jede Geschichte zusammen.“ Check: No na ned fragten wir bei Suppan nach. „Ich habe nie einen Vortrag oder ähnliches im Novomatic-Forum gehalten oder Zahlungen erhalten“, schrieb dieser – und verwies darauf, dass er ein „Mag.“ sei und kein „Dr.“.

Und dann war da noch die Sache mit dem falschen Hacker, hinter der wir auch ergebnislos her waren. Wenn auch nicht als einzige Journalisten. Es ging um einen jungen Mann (angeblich ein gewiefter Hacker), von dem es – gerüchteweise – hieß, er habe Zugang zu E-Mails aus dem Herzen der ÖVP gehabt und sei auch irgendwie mit dem Ibiza-Video in Kontakt gekommen. Für österreichische Investigativjournalisten klang das nach eierlegender Wollmilchsau (noch dazu wurde dem Mann nachgesagt, mit der Ex-Freundin des Sohnes eines vormals hohen SPÖ-Funktionärs liiert gewesen zu sein. Bei derart hohem verschwörungstheoretischem Potenzial wäre es natürlich schon möglich gewesen, dass etwas dran ist). Aber wie das so ist mit den Wollmilchsäuen: Aus diesem Scoop wurde natürlich nichts. Die angeblichen ÖVP-Mails waren gefälscht. Anfang 2020 musste der falsche Hacker wegen mutmaßlicher Betrügereien vor Gericht. Er soll spielsüchtig gewesen sein und Geld gebraucht haben – kein echter Anknüpfungspunkt zu den Ibiza-Ermittlungen, auch wenn die Glücksspielbranche dort eine große Rolle spielt.

➤ Spaltpilz Ausschuss ➤ Schlusspiff und Neuauflage?

# Ibiza bleibt wild umstritten und offenbart tiefe Gräben

Die Opposition fordert angesichts vieler fehlender Akten eine Verlängerung bis Oktober zur politischen Aufarbeitung „mutmaßlicher Käuflichkeit von Türkis-Blau“. Die Kanzlerpartei sagt Nein. Grün assistiert. Dennoch kann es zu einer Neuauflage kommen.

Verzögerung und Abwürgen. So der Tenor von SPÖ (Jan Krainer) und Neos (Stephanie Krisper) zur ÖVP-Strategie. Es fehlen wichtige Akten. Krainer: „Nach Einlangen erster Akten sehen wir, dass Novoma-

tic-Boss Neumann im Kanzleramt ein und aus gegangen ist.“ Also will man die Verlängerung bis Oktober, die jedoch Türkis und Grün ablehnen. Es kann dennoch eine Neuauflage geben. Minderheitenrecht,

Das würde lange dauern. Die ÖVP hat für den Rest des laufenden Ausschusses (Ende Mitte Juli) auch ein nachvollziehbares Ansinnen. Andreas Hanger fordert einmal mehr die noch immer unberührten Chats des blauen Ibiza-Auslösers Strache. Hat ein Schreiben an die grüne Justizministerin Alma Zadić geschickt, um eine Priorisierung der Daten zu erreichen. E. Vogl



Foto: SEPA Media | Martin Juen

Evergreen: Gibt es eine weitere Auflage des Hits?

„News“, 20.05.2021

# „Es geht nicht um den Kanzler Kurz, es geht um das Prinzip“

Neos-Abgeordnete **Stephanie Krisper** ist nicht erst seit ihrer Anzeige gegen Sebastian Kurz wegen vermuteter Falschaussage im Ibiza-U-Ausschuss das erklärte Feindbild der ÖVP. Wie es dazu kam. Und wie die Politikerin mit ihrer harten Linie um Achtung für das Parlament ringt

Von Renate Kromp; Fotos: Ricardo Herrgott

Stephanie Krisper ist keine, die sich in Debatten mit Zwischenrufen in den Vordergrund brüllt. Zuletzt bei „Im Zentrum“ des ORF konnte man minutenlang vergessen, dass sie überhaupt im Studio ist. Sie redet nur, wenn sie drankommt, wägt ihre Worte in gepflegter Sprache ab. Tritt sie im Parlament ans Rednerpult, liest sie penibel Formuliertes vom Blatt. Sie gehört nicht zu den mitreißenden Rednerinnen im Hohen Haus, aber was sie sagt, ist – vor allem für Menschen auf der Regierungsbank – oft nicht angenehm. Dass ausgerechnet sie mit einem unbedacht (und entnervt) ins offene Mikro gemurmelt „Die gehen mir am O... alle“ für eine der unkultivierten Episoden im laufenden Ibiza-Untersuchungsausschuss gesorgt hat, bereitet ihr immer noch ein sichtbares Unbehagen. Doch dass die ÖVP diesen Fehltritt seither zum Skandal hochstilisiert, hat möglicherweise weniger mit Sorge um die Debattenkultur im Parlament zu tun, sondern vielmehr damit, wie Krisper – normalerweise – im U-Ausschuss auftritt: eher leise, aber insistierend. Damit hat sie schon so manche Auskunftsperson aus türkisen Kreisen in Erklärungsnotstand gebracht.

Vor einem Jahr – die erste U-Ausschusssitzung stand noch bevor – formulierte Krisper im News-Gespräch ihre Erwartungen an die Auskunftsperson Sebastian Kurz, dessen Auftritt für 24. Juni 2020 angesetzt war: „Ich war schockiert von seinen

Aussagen im BVT-U-Ausschuss“, sagte Krisper damals. „Neu für ihn war nämlich anscheinend, und darauf wird er diesmal vorbereitet sein, dass er Fragen auch beantworten muss. Vielleicht hat er auch gelernt, dass die Strategie schlecht ist, so zu tun, als wäre man schlechter informiert als ein durchschnittlicher Zeitungsleser. Die ÖVP ist seit Kurz dafür bekannt, dass sie Message Control betreibt, über alles Bescheid weiß und von der Spitze her durchdirigiert ist. Dass der Bundeskanzler nichts von Postenbesetzungen in äußerst relevanten staatsnahen Betrieben wusste, muss er uns erst mal klarmachen.“

Offenbar verstand der Kanzler die Vorbereitung auf seine Aussage anders als von der Neos-Abgeordneten erwartet. Und offensichtlich hatte er dabei nicht damit gerechnet, dass Chatnachrichten bekannt werden würden, die er mit dem damaligen

Generalsekretär im Finanzministerium und heutigen ÖBAG-Chef Thomas Schmid vor dessen umstrittener Kür ausgetauscht hatte. Resultat: Das schnoddrige Geplauder konterkariert die Aussagen Kurz' im U-Ausschuss. Krisper schickte deshalb eine Sachverhaltsdarstellung an die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft. Diese sah darin ausreichend Substrat, um Ermittlungen wegen vermutlicher Falschaussage einzuleiten. Der Kanzler könnte vor Gericht landen und die Causa dominiert die innenpolitische Debatte.

Die ÖVP wirft Krisper vor, ständig Anzeigen gegen Auskunftspersonen zu erstatten. Sie selbst erklärt ihre Vorgangsweise so: „Wenn ich in einem U-Ausschuss einen Widerspruch zwischen den Aussagen von zwei Auskunftspersonen sehe oder einen Widerspruch zwischen Aussagen und Akten, ist der Verdacht sehr stark, dass es zu einer Falschaussage oder Unwahrheit kam. Da erstatte ich aus Prinzip Anzeige, weil es darum geht, das Parlament als Kontrollgremium zu stärken und Konsequenzen bei Falschaussagen zu setzen. Auskunftspersonen sollen nicht glauben, sie könnten wie bei einem Plauderstündchen irgendetwas behaupten. Dann hätte das Instrument U-Ausschuss nämlich keinen Sinn mehr.“

Gerade rund um den Ibiza-Untersuchungsausschuss prallen zwei Welten aufeinander: jene der ÖVP, die parlamentarische Debatten auch im Normalbetrieb kurz – und für sie schmerzlos – halten ►

”

**Auskunftspersonen  
sollen nicht glauben,  
sie könnten  
wie bei einem  
Plauderstündchen  
irgendetwas  
behaupten“**

möchte. Und jene der Opposition, die in politische Entscheidungen eingebunden werden will und die parlamentarische Kontrolle der Regierungsarbeit vorantreibt. „Das Parlament hat bestimmt, das Volk wird entscheiden“ – so hat Kurz nach seiner Abwahl durch die Abgeordneten von FPÖ, SPÖ und Liste Pilz im Jahr 2019 sein Unverständnis klargemacht. Dabei wählen die Österreicherinnen und Österreicher dieses Parlament und nicht – wie von Regierenden gerne behauptet – die Bundesregierung. Heißt: Wer das Parlament nicht ernst nimmt, nimmt auch die Wählerinnen und Wähler nicht ernst genug. Darum geht es vielen Abgeordneten – vor allem, wenn sie keiner Regierungspartei angehören. „Es ist wichtig, das aufzuzeigen“, sagt Krisper. „Es geht nicht um den Kanzler Kurz, es geht um das Prinzip, dass jeder, der vor dem U-Ausschuss steht und die Unwahrheit sagt, mit Konsequenzen rechnen muss. Weil sonst das Parlament – und damit das Volk – respektlos behandelt wird. Das können wir uns nicht gefallen lassen. Nicht weil wir Opposition sind, sondern weil wir Abgeordnete sind.“

### Aufgeheizte Stimmung

Die ÖVP kritisiert am U-Ausschuss die „Verhörmethoden“ der anderen Parteien, es herrsche ein untergriffiges, vorverurteilendes Klima. Als „Stresssituation“ will man die Widersprüche erklären, die Kurz vorgeworfen werden. Krisper hat jene vier Stunden, die der ÖVP-Chef im Juni 2020 im Untersuchungsausschuss zugebracht hat, anders in Erinnerung: „Wenn ein Kanzler in einen Untersuchungsausschuss kommt, ist es ruhig und konzentriert und er hatte jegliche Zeit, auf unsere Fragen zu antworten. Es ist irritierend, wenn er jetzt behauptet, dass er in einer Drucksituation gewesen ist. Und wenn, muss man sich schon fragen, wie eine Geschäftsordnungsdebatte den Kanzler so aus der Ruhe bringen kann, dass er nicht mehr weiß, was er sagt. Ich halte das für ein völlig vorgeschobenes Argument.“ Kurz habe lange, konzentriert und „in einer ausweichenden Art“ ausgeführt, was er sagen wollte: nämlich nicht in den Postenschacher involviert gewesen zu sein. „Es war ihm wichtiger, den Schein aufrechtzuerhalten, als für Aufklärung zu sorgen“, sagt Krisper.

Aber auch die Neos-Abgeordnete wird rund um den Untersuchungsausschuss in die Mangel genommen. ÖVP-Fraktionsführer Andreas Hanger warf Krisper zuletzt in einer Pressekonferenz vor, sie habe sich – gegen die Regeln – mit dem ehemaligen Novomatic-Geschäftspartner Peter

Barthold getroffen, als seine Ladung in den U-Ausschuss bereits feststand. Sie habe ihn auf die Aussage vorbereitet. Wegen eines entsprechenden Berichts der Onlineplattform EU-Infothek hat Krisper geklagt und in erster Instanz verloren, wogegen sie Berufung eingelegt hat. Hanger sieht dennoch „wasserdichte Beweise“, dass Krisper die Unwahrheit gesagt habe. Krisper stilisiere sich zur „selbst ernannten Aufdeckerin“, es zeige sich nun aber ein anderes Bild.

Krisper selbst sieht das anders: „Tatsache ist, dass ich aktiv geklagt habe und mich damit freiwillig in die Wahrheitspflicht begeben habe, um einfach zu sagen,

wie es ist: dass ich niemanden auf eine Befragung vorbereite. Das lasse ich mir von niemandem unterstellen.“ Dabei stellt die Neos-Abgeordnete gar nicht in Abrede, dass sie Barthold „in den letzten zwei Jahren mehrfach getroffen habe. Uns verbinden Themen, wo wir uns Sorgen machen: die mögliche Einflussnahme der Glücksspiellobby auf die Glücksspielgesetzgebung, der mangelnde Spielerschutz mit dem entsprechenden Leid in der Gesellschaft und die Frage, wie Strafverfahren in Österreich verlaufen, wenn die Novomatic oder deren Vertreterinnen und Vertreter im Fokus der Ermittlungen standen.“

Weniger ernst zu nehmen als der Ausgang dieses Gerichtsverfahrens, aber jedenfalls eigenartig ist hingegen ein Mail, das Krisper letzte Woche erhielt: „Zuerst hab ich gedacht, das ist wieder ein Hass-



### ZUR PERSON

#### Stephanie Krisper, 40

Die gebürtige Wienerin studierte Rechtswissenschaften in Wien, Paris und Venedig. Die Menschenrechtsexpertin arbeitete u. a. bei verschiedenen NGOs, im UN-Flüchtlingskommissariat, bei der Volksanwaltschaft und beim Ludwig-Boltzmann-Institut für Menschenrechte, wo sie sich mit Folterprävention befasste. 2013 kandidierte sie erstmals für die Neos bei einer Nationalratswahl, 2017 schaffte sie dann auch erstmals den Sprung ins Parlament. Krisper ist verheiratet und hat drei Kinder.

”

**Das können wir uns nicht gefallen lassen. Nicht weil wir Opposition sind, sondern weil wir Abgeordnete sind“**

mail: „Lassen Sie den Herrn Hanger in Ruh, er ist der Beste und Sie sind eine Hex!“ Aber dann hab ich registriert, dass es von ihm kommt und was es ist: Die ÖVP, die schon seit Längerem versucht, den Untersuchungsausschuss zu diffamieren, legt Sudeldossiers über mich und andere Abgeordnete der Opposition an.“ Dinge „wie das eben wieder falsche ‚O...-Zitat‘ seien da zu finden, aber sonst wohl nicht viel, meint Krisper, der Hanger versehentlich das Dossier über den SPÖ-Abgeordneten Kai Jan Krainer geschickt hat, „denn wir versuchen ja, trotz der aggressiven Art der ÖVP unsere Aufklärungsarbeit im U-Ausschuss zu machen“.

Das Mail-Postfach der Neos-Angeordneten füllt sich aber nicht nur mit bizarren Irrläufern aus dem ÖVP-Klub, „Immer, wenn etwas polarisiert, sei es im U-Ausschuss, sei es in der Migrationsdebatte, bekomme ich von beiden Seiten mehr Post. Nur merkt man sich leider die bösen



Sätze mehr. Da funktioniert das menschliche Gehirn leider nicht so, dass es für einen hilfreich ist.“ Angst würden ihr solche Nachrichten nicht machen, sagt Krisper: „Beängstigend finde ich eher, eine ÖVP mit ihrer Medienmacht, eine Novomatic und andere einflussreiche Player im Land als klare Gegner zu wissen.“

Seit 2017 sitzt die studierte Juristin und Menschenrechtsexpertin für die Neos im Parlament. Sie hat vor allem in U-Aus-

schusszeiten eine 70-Stunden-Woche und mehr Aufmerksamkeit, als sie eigentlich wollte: „Es ist immer das Lustigste für mich, wenn mir jemand vorwirft, ich würde das Rampenlicht suchen und nach Kameras gieren. Ich habe die Agenden Inneres und Asyl übernommen, und da habe ich nicht mit einem derartigen Fokus auf mich gerechnet.“ Doch dann kam die Razzia beim BVT, Krisper musste als Expertin für Inneres in den damaligen U-Ausschuss, und weil

„

**Ich würde viel mehr leiden, wenn ich als Bürgerin vor dem Fernseher sitzen und mitbekommen würde, was passiert, und nichts tun könnte“**

sie dort so hartnäckig an der Sache blieb, durfte sie auch gleich den Ibiza-U-Ausschuss übernehmen. Ob sie den Wechsel vom renommierten Ludwig-Boltzmann-Institut für Menschenrechte in die Politik je bereut hat? „Ich würde viel mehr leiden, wenn ich als Bürgerin vor dem Fernseher sitzen und mitbekommen würde, was passiert, und nichts tun könnte. Aber so kann ich am nächsten Tag ins Büro fahren und mir überlegen, was ich tun kann.“

„Der Standard“, 19.05.2021

## Fast elf Millionen Euro Corona-Hilfen für Glücksspielindustrie

Neos kritisieren auch Unterstützung für Hotel der ÖVP-Akademie

Am Ende des Tages ist es immer das Casino, das gewinnt, Spieler müssen nur lange genug spielen. Diese Binsenweisheit kennt vermutlich jeder, der schon einmal ein Casino besucht hat oder auch nur einen Hollywoodstreifen über Las Vegas gesehen hat. Aber was, wenn das Casino einmal stillsteht?

Die österreichische Antwort auf diese Frage lautet: Dann ist immer noch der Staat da, der eifrig aushilft. Wie berichtet, werden derzeit laufend über eine EU-Website die Empfänger großer Corona-Hilfsgelder veröffentlicht. Transparenz gibt es nur für große Zahlungen über 100.000 Euro und für Umsatzersatz und Fixkostenzuschuss im Jahr 2020. Die Zahlungen 2021 sind bisher nicht publikgemacht worden, das Kurzarbeitsgeld ist von der Transparenzdatenbank sowieso nicht erfasst.

Wie sich nun herausstellt, hat der Staat eifrig an die Glücksspielindustrie und an die Betreiber von Automatenkaffees Corona-Hilfen ausbezahlt.

Insgesamt flossen rund 10,7 Millionen Euro an Zuschüssen an 32 Unternehmen aus der Glücksspielbranche. Die Maximalsummen gingen, wie berichtet, mit je 800.000 Euro an die beiden Novomatic-Töchter Admiral Sportwetten und Admiral Casinos &

Entertainment und die Casinos Austria. Doch neben den Platzhirschen der Branche bekamen auch zahlreichere kleinere Betriebe Geld, bei denen der Name Programm sein dürfte. Da findet sich etwa die Lucky Bird Sportwetten GmbH mit 446.000 Euro, das Vierklee-Wettbüro mit 151.000 Euro oder die Fortuna Sportwetten GmbH mit 136.000 Euro. Dazu gibt es noch eine Haftung für die PA Entertainment & Automaten AG, einen Betreiber von Glücksspielautomaten, in Höhe von 6,4 Millionen Euro.

Zum ersten Mal diskutiert wurde die Hilfe für die Glücksspielindustrie schon im Herbst, damals noch ohne konkrete Zahlen. Die Regierung hatte im Lockdown behördlich geschlossenen Unternehmen seit November einen Umsatzersatz ausbezahlt, zunächst in Höhe von 80 Prozent. Dazu zählten auch Wett- und Automatencafés. In Österreich laufen derzeit mehr als 5000 lizenzierte Glücksspielautomaten.

Kritik kommt von den Neos: "Viel helfen heißt nicht treffsicher helfen. Am Beispiel des Glücksspielsektors sieht man, dass Umsatz nicht für alle Branchen eine gute Messgröße ist", sagt der Neos-Abgeordnete Gerald Loacker. Gemeint ist: Der Umsatzersatz bei den Glücksspielbetrieben be-

deutet de facto, dass die Einsätze der Spieler vom Staat kompensiert werden.

Auf diese Zahlungen angesprochen, kommt noch in einem anderen Zusammenhang Kritik von Loacker. Auf der Liste der Hilfsempfänger findet sich nämlich auch das Seminarhotel Springer-Schlössl, das 117.000 Euro an Umsatzersatz erhalten hat. Das Schlössl gehört der politischen Akademie der ÖVP.

Das Hotel war wie andere auch von den behördlichen Schließungen betroffen. Loacker sagt dazu: "Mit dem Springer-Schlössl bekommt ein Parteeibetrieb staatliche Förderung – genau in dem Land, das ohnehin schon die höchste Parteienförderung Europas aufweist. Die Förderungen richten sich zu wenig nach dem tatsächlichen Bedarf."

Auf der EU-Liste finden sich tausende Eintragungen, die Liste der Unternehmen ist lang: Neben vielen Gastronomiebetrieben und Hotels stehen zahlreiche Auto- und Einzelhändler darauf. Neben dem Kurzarbeitsgeld ist auch die Investitionsprämie in der Transparenzdatenbank nicht angeführt.

# Streit zwischen ÖVP und Opposition wird immer heftiger

## Kanzler Kurz spricht von „Diffamierung“ SPÖ sieht „Verhöhnung des Parlaments“

**Wien** – Der Disput zwischen den ÖVP-Spitzen und dem Ibiza-U-Ausschuss weitete sich am Montag bei einer Sondersitzung des Nationalrats aus: Weil Kanzler Sebastian Kurz eine Anklage wegen Falschaussage im Zuge der Befragungen rund um Postenbestellungen bei der Staatsholding Öbag droht, zitierte ihn die SPÖ kurzfristig für eine dringliche Anfrage ins Parlament.

Dort hielt SPÖ-Fraktionschef Kai Jan Krainer dem Kanzler vor, seine Unschuldsbeteuerungen erinnerten ihn an Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser. Zudem habe Kurz versucht, die Justiz einzuschüchtern und die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft zu zerschlagen.

Für Kurz hingegen hätten die letzten Monate gezeigt, dass es zwischen den Parteien nicht mehr um den Wettbewerb der besten Ideen gehe, sondern um „Diffamieren, Beschädigen und Vernichten“. Doch die Wähler hätten ihm und seinem Team bei zwei Nationalratswahlen den Auftrag erteilt, zu arbeiten und nun eben das Land aus der Pandemie in Richtung eines wirtschaftlichen Comebacks zu steuern.

Die fünfzig an ihn gerichteten Fragen der SPÖ las der Kanzler vom Blatt. Zu den Bestellungen der Öbag erklärte Kurz, dass er täglich dutzende Gespräche, Nachrichten und

Anrufe erhalte – oft könne man sich da an Details nicht erinnern. Ausdrücklich stellte der ÖVP-Chef in Abrede, dass es unter seiner Obmannschaft Parteispenden vonseiten der Novomatic gegeben habe.

Für die Oppositionsparteien brachte der Freiheitliche Christian Hafenecker einen Misstrauensantrag gegen Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) ein, der aber ebenso keine Chance auf eine Mehrheit hatte wie ein Antrag auf eine Ministeranklage gegen Blümel, auf die sich SPÖ, FPÖ und Neos im Vorfeld geeinigt hatten.

### Verhaltene Kritik von Grün

Verhaltene Kritik an der ÖVP kam von der grünen Klubchefin Sigrid Maurer – sie qualifizierte die verzögerte Aktenlieferung von Blümel, die Verfassungsgerichtshof und Bundespräsident mit einem Exekutionsantrag auf den Plan riefen, als „hochnotpeinlich“. Blümel habe aber jetzt zugesichert, die Unterlagen dem U-Ausschuss nun auch digital zu übermitteln.

Einmal mehr verwies der grüne Koalitionspartner zudem darauf, dass man Garant für unabhängige Ermittlungen unter Justizministerin Alma Zadić sei. (red)

Seiten 7 und 8

Kommentar Seite 24

„Der Standard“, 18.05.2021

# Verbale Attacken auf Kurz und Blümel

Der Nationalrat ist zu einer Sondersitzung zusammengetreten. Eigentlich sollte es um verspätete Aktenlieferungen aus dem Finanzministerium gehen, dann kamen Ermittlungen gegen Kurz dazu. Die Opposition äußerte massive Kritik.

Nina Weissensteiner, Fabian Schmid

Er habe sich nie bereichert, beteuerte Kanzler Kurz vor dem Nationalrat. Das hatte ihm die Opposition aber nicht vorgeworfen: Sie thematisierte den Verdacht auf Falschaussagen.



Foto: APA / Robert Inger

Der Umgang der türkisen Regierungsspitzen mit dem Ibiza-U-Ausschuss sorgte zu Wochenbeginn für eine Sondersitzung im Nationalrat, bei der die Wogen hochgingen: Recht kurzfristig wurde auf Initiative der SPÖ Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) für 13 Uhr zu einer dringlichen Anfrage herbeizitiert – weil er wegen möglicher Falschaussage im Zuge der Befragungen zu den Öbag-Bestellungen auch ins Visier der Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) geraten ist.

Ursprünglich wollte man allen voran Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) löchern, der es wegen verschleppter Aktenlieferung an den U-Ausschuss sogar zu einem Exekutionsantrag des Verfassungsgerichtshofes beim Bundespräsidenten gebracht hatte. Gegen ihn brachten SPÖ, FPÖ und Neos einträchtig

einen Antrag auf eine Ministeranklage ein, der wegen der türkisen Mehrheit jedoch nie eine Chance auf Erfolg hatte. Bekanntlich wird Blümel in der Casinos-Affäre von der WKStA als Beschuldigter geführt, weil er vor seiner Zeit als Minister 2017 ein Spendenangebot des Glücksspielriesen Novomatic an die ÖVP vermittelt haben soll – für Blümel gilt wie für Kurz die Unschuldsvermutung.

## Zwei Gesichter

Ob Novomatic, U-Ausschuss oder Schredderaffäre: Um 13 Uhr trat SPÖ-Fraktionschef Kai Jan Krainer ans Rednerpult, um Kurz, pünktlich auf der Regierungsbank erschienen, seinen „schlampigen Umgang mit der Wahrheit“ vorzuhalten. Er konstatierte beim Kanzler zwei Gesichter: eines, das bei eingeschalteten

Kameras für die Öffentlichkeit bestimmt sei, und ein anderes, das sich in seinen Chats zeige.

Danach war Kurz am Wort: Auch in der Pandemie und der Wirtschaftskrise sei es „die Entscheidung der Opposition, welchen Stil“ sie bei ihren Vorwürfen wähle, hielt der Kanzler fest. Er und sein Team bekamen jedenfalls zweimal von den Wählern den Auftrag zu arbeiten, nun eben das Land durch die Krise zu führen. Doch die letzten Wochen hätten gezeigt, wie sehr gegen ihn mit „Diffamierungen“ und auch Anzeigen gearbeitet werde.

Danach widmete sich Kurz den fünfzig roten Fragen, manche wies er als „unterstellend“ zurück, manche als „bereits im U-Ausschuss beantwortet“. Auf eine Frage antwortete er aber klar und deutlich: „Ich habe mich nie bereichert!“

SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner, die Kurz genauso wie Burgenlands Landeshauptmann Hans Peter Doskozil (SPÖ) erst bei einer Anklage wegen Falschaussage als rücktrittsreif erachtet, mahnte in Richtung Kurz: „Niemand steht über dem Recht!“, und: Was Recht und Unrecht betreffe, entscheide nicht die Bevölkerung, sondern unabhängige Staatsanwaltschaften und Richter.

## H.-C. Strache lässt grüßen

Als Nächster legte FPÖ-Klubchef Herbert Kickl los: „Sie wandeln auf den Spuren von H.-C. Strache!“, rief er Kurz zu. Anders als dem Ex-FPÖ-Chef habe den ÖVP-Spitzen aber niemand eine Falle gestellt, sie selbst würden nun über ihre eigenen Chats stolpern. Ein von Blau ins Spiel gebrachter Misstrauensantrag hatte an diesem Tag aber ebenfalls

keinerlei Chance auf eine Mehrheit. Grünen-Klubchefin Maurer erklärte zur „hochnotpeinlichen“ Aktenverschleppung, dass Blümel „gerade noch die Kurve gekratzt“ habe – so bald wie möglich würden dem Parlament nun die Unterlagen aus dessen Ressort auch elektronisch zur Verfügung gestellt. Neos-Chefin Beate Meinel-Reisinger erklärte, für sie passe „Regierungsbank und Anklagebank nicht zusammen“. Erst recht sei Kurz bei einer Verurteilung rücktrittsreif, „ein krimineller Kanzler“ dem Land nicht zumutbar.

Die ÖVP wehrte sich mit Gegenangriffen, hielt den Neos etwa ein nicht rechtskräftiges Urteil in einem Medienprozess vor, demzufolge behauptet werden darf, die Partei habe sich mit einer Auskunftsperson abgesprochen. Die Neos legten dagegen Berufung ein.

„www.kurier.at“, 17.05.2021

## Online-Glücksspiel stieg im Lockdown stark an

**Regelmäßige Spieler spielten sechsmal häufiger online – vor allem Männer und Menschen mit finanziellen Problemen verfielen Glücksspielen mehr.**

Poker, Wetten oder Casinospiele – während des ersten Lockdowns nahmen Online-Glücksspiele zu. Vor allem regelmäßige Spieler, die also schon vor der Pandemie mehr als einmal pro Woche spielten, steigerten ihre Spielgewohnheiten: Die Wahrscheinlichkeit, dass sie online spielten, war sechsmal höher als vor dem ersten Lockdown. Das zeigt eine britische Studie der University of Bristol, die im *Journal of Gambling Studies* veröffentlicht wurde. Für die Studie wurden rund 2600 Erwachsene mittels zwei Online-Fragebögen während des ersten Lockdowns im Jahr 2020 in Großbritannien befragt. Der Altersschnitt lag bei 28 Jahren. Dieselben Erwachsenen nahmen bereits vor der Pandemie an einer Studie teil, in der ebenfalls Fragen zu Glücksspielen gestellt wurden, sodass Vergleichsdaten vorlagen.

Insgesamt spielten Männer und Frauen während der Lockdowns seltener, was teilweise auf die Schließung von Wettbüros zurückzuführen war. Allerdings nahmen einige Formen des Glücksspiels zu, vor allem die Nutzung von Online-Glücksspielen. Bei Befragten, die vorher gelegentlich spielten, war die Wahrscheinlichkeit, online zu spielen, während des Lockdowns doppelt so hoch wie zuvor. Diejenigen, die vor der Pandemie finanzielle Probleme hatten, berichteten eher über Glücksspiele während des Lockdowns.

### **Oft verbunden mit Alkoholkonsum**

Männer spielten während des Lockdowns dreimal häufiger regelmäßig Online-Glücksspiele als Frauen. Regelmäßiges Spielen war definiert als mehr als einmal pro Woche. Alkoholkonsum war mit regelmäßigem Online-Glücksspiel sowohl bei Männern als auch bei Frauen verbunden. „Die starke Verbindung zwischen Alkoholexzessen und regelmäßigem Glücksspiel ist von besonderer Bedeutung, da beide Suchtverhalten schwerwiegende gesundheitliche und soziale Folgen haben können. Mit der breiteren Verfügbarkeit von Glücksspielen über verschiedene Online-Kanäle könnten schutzbedürftige Gruppen in einen zerstörerischen Kreislauf geraten“, sagte Studienautor Alan Emond von der Medizinischen Fakultät der Universität Bristol. Wie bei so vielen Auswirkungen der Pandemie hätten sich die Ungleichheiten verschärft und besonders gefährdete Gruppen seien stärker betroffen. Vor allem junge Erwachsene würden leichter dem Online-Glücksspiel verfallen. Arbeiten im Homeoffice begünstige diese Entwicklung.

„www.krone.at“, 17.05.2021

## Barthold: „Nie über U-Ausschuss gesprochen“

**Die Schlammschlachten rund um den Ibiza-U-Ausschuss ziehen immer weitere Kreise. Nachdem am Montag die ÖVP NEOS-Fraktionsführerin Stephanie Krisper attackierte, weil sie sich mit dem als Auskunftsperson geladenen, früheren Novomatic-Geschäftspartner Peter Barthold vor dessen Aussage im U-Ausschuss getroffen hatte, meldete sich Barthold nun selbst bei krone.at und sagt: „Kein einziger Abgeordneter von keiner Partei hat jemals versucht, Einfluss auf meine Aussage zu nehmen.“**

Der ehemalige Fußballer und Rapid-Torwart pflegt seit Jahren Kontakte zur Politik, auch mit Stephanie Krisper. Allerdings ging es dabei etwa um Spielerschutz und überbordende Werbung der Glücksspielkonzerne, so Barthold im Gespräch mit krone.at: „Ich kenne Stephanie Krisper lange, habe sie öfter getroffen. Aber wir haben nie über den U-Ausschuss geredet. Die Behauptung, es habe hier eine Absprache gegeben, ist völlig absurd und absolut falsch.“

Überhaupt habe „kein einziger Abgeordneter von keiner Partei“ versucht, ihn zu beeinflussen, stellt Barthold klar. So habe er sich etwa auch dreimal mit Kurz' Kabinettschef Bernhard Bonelli getroffen. „Dass ich mich mit Nina Tomaselli (U-Ausschuss-Fraktionsführerin der Grünen) oder David Stögmüller (ebenfalls Grüne) getroffen habe, stimmt aber definitiv nicht. Die beiden habe ich das erste Mal bei meiner Aussage vor dem Ibiza-U-Ausschuss gesehen.“

### **ÖVP-Attacke gegen Krisper**

ÖVP-Fraktionsführer Andreas Hanger hatte am Montag auf Basis eines Berichts der Plattform EU-Infothek Vorwürfe gegen Krisper erhoben. Laut dem Bericht soll Krisper Barthold getroffen haben, um ihn auf seine Aussage vorzubereiten. Dagegen sind die NEOS vor dem Handelsgericht vorgegangen, jedoch in erster Instanz abgeblitzt. Hanger sah am Montag „wasserdichte Beweise“, dass Krisper die Unwahrheit gesagt habe.

Krisper selbst hatte nie bestritten, sich mit Barthold getroffen zu haben. Doch, wie der Ex-Fußballer sagt, seien sie schon lange wegen der Sorge um Spielsüchtige in Kontakt gestanden. Barthold war Ende September 2020 im Ibiza-U-Ausschuss gewesen und hatte dort unter anderem von Bedrohungen und Bestechungsversuchen berichtet. Novomatic klagte den Ex-Goalie daraufhin, ein Gerichtstermin ist bereits angesetzt. Barthold im Oktober 2020 zur „Krone“: „Ich ziehe kein Wort zurück. Alles, was ich ausgesagt habe, ist die Wahrheit. Ich kann alles lückenlos nachweisen.“